

Wiesbadener Kurier; Wiesbadener Kurier, S. 11

29.12.2016

Arbeitsmarkt/Arbeitsschutz/Produktsicherheit, int

Das Ende eines Erfolgsmodells?

AUSBILDUNGSSUCHE Allianz von Arbeitgebern und Gewerkschaft will kommunalen Jobcentern Aufgaben entziehen

Von Heinz-Jürgen Hauzel

WIESBADEN. Bürgermeister Arno Goßmann hat es in der letzten Stadtverordnetenversammlung des alten Jahres bereits angedeutet: Er fürchtet, dass sich die Bundesagentur für Arbeit „schleichend Aufgaben aneignet“, die die Stadt bislang als Optionskommune erfolgreich erledigt haben.

Sucht Arbeitsagentur nach neuen Tätigkeitsfeldern?

Dass die Sorge nicht unbegründet ist, zeigt die rasche Reaktion des hessischen Sozialministers Stefan Grüttner (CDU). Er schrieb bereits Anfang Dezember einen Brief an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, in dem er seiner Verwunderung über die Pläne Ausdruck verlieh, die Verantwortung für die Beratung und Förderung von auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Jugendlichen der Bundesagentur zu übertragen.

Goßmann sieht im BA-Verwaltungsrat eine unheilige Allianz von Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern, die offenbar einen Stellenabbau bei der Bundesagentur verhindern wollen. „Die suchen nach neuen Tätigkeitsfeldern.“ Der Vorwurf, der beim Wiesbadener Sozialdezernenten zwischen den Zeilen durchscheint: Hier wird ans eigene Wohl gedacht, nicht an das der zu fördernden jungen Menschen, um die es eigentlich gehen sollte.

Wiesbaden hat als Optionskommune frühzeitig Verantwortung übernommen und zur Ausbildungsvermittlung für diejenigen, „die es ohne Hilfe nicht schaffen“, von der Schulsozialarbeit, über Bauhaus-Werkstätten und die Wiesbadener Jugendwerkstatt bis zum Bildungswerk der hessischen Wirtschaft ein dichtes Netzwerk geschaffen, das seinesgleichen vergeblich



Bürgermeister Arno Goßmann will, dass die Jobcenter ihre Arbeit fortsetzen können. sucht. Wolfgang Werner, der Leiter des Amts für Grundsicherung und Flüchtlinge, ist aus allen Teilen der Republik eingeladen worden, das Wiesbadener Modell *Würde man dem skizzierten Weg folgen, entstünden nicht nur unnötige neue Schnittstellen, es käme vielmehr auch zu einem echten Systembruch.*

Stefan Grüttner, Sozialminister

vorzustellen. Stuttgart hat es mittlerweile übernommen, Hamburg stand kurz davor, doch beorderte der Senat das Vorhaben, als der Sozialdemokrat Olaf Scholz das Ruder übernahm. „Ich weiß, dass es in der SPD viele Gegner des Modells gibt.“

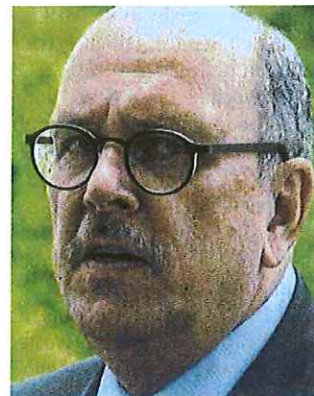
Dafür springt ihm der hessische CDU-Minister Stefan Grüttner zur Seite. In seinem Brief an Kollegin Nahles stellt er fest, dass ihn die Argumentation des Konzeptpapiers, das eine „umfassende Betreuung von Jugendlichen und Rehabilitanden“ durch die Arbeitsversicherung vorsieht, nicht überzeuge: „Es wird auf die Darlegung von Fakten verzichtet, stattdessen mit Andeutungen und Unterstellun-



Wolfgang Werner, Leiter des Amts für Grundsicherung und Flüchtlinge. Archivfotos: wita/Uwe Stotz (2) gen gearbeitet. Würde man dem skizzierten Weg folgen, entstünden nicht nur unnötige neue Schnittstellen, es käme vielmehr auch zu einem echten Systembruch.“

Was Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsbund in ihrem Konzept für die Zukunft verheißen, gibt es hier längst schon: eine persönliche, auf den einzelnen jungen Menschen zugeschnittene Betreuung. „Zielgenau“, wie Goßmann es nennt. Man sieht sich in Wiesbaden optimal aufgestellt. Nichts brauche verändert zu werden. Wenn ab Januar das sogenannte Fallmanagement für junge Arbeitslose bis 25 Jahre komplett ins kommunale Jobcenter des Amts für Grundsicherung und Flüchtlinge integriert sein wird, ist für die Betroffenen wirklich alles an einer Stelle zentriert mit festen Ansprechpartnern. „Es wäre widersinnig, ein System abzuschaffen, das erfolgreich funktioniert“, sagt Wolfgang Werner und verweist auf die guten Bilanzen der vergangenen Jahre.

Goßmann fürchtet eine schlimme Entwicklung, wenn sich der BA-Verwaltungsrat mit seinen Plänen durchsetzt: „Wir riskieren, dass die jungen Leute einfach abtauchen. Diese Jugendli-



Hessens Sozialminister Stefan Grüttner schrieb an Andrea Nahles. Archivfoto: Karl-Heinz Köppner chen gehen doch nicht zur Arbeitsagentur. Die müssen betüdtelt und dazu gebracht werden, dass sie die Ausbildung beginnen und bis zum Ende durchlaufen.“ **Naive Praxisferne der Konzeptschreiber**

Der deutsche Städte- und Landkreistag sieht das genauso. „Wir halten den Vorschlag aus dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit für nicht sachgerecht und im Ergebnis sogar kontraproduktiv. Es würde die Unterstützung der Jugendlichen bei der Ausbildungssuche aus einer Hand auflösen, es würden zusätzliche Schnittstellen geschaffen und die Abläufe zu Lasten der Jugendlichen noch komplizierter werden.“

Der Städte- und der Landkreistag werfen den Konzeptschreibern von Arbeitgebern und Gewerkschaften unumwunden eine beinahe naive Praxisferne vor: „Durch den Vorschlag käme es zu einer zusätzlichen Hin- und Herverschickung der Jugendlichen von der Agentur zum Jobcenter und wieder zur Agentur. Denn die Vermittlung einer Ausbildungsstelle setzt voraus, dass der Jugendliche ausbildungsfähig ist. Vielfach sind Schulden-,

Fortsetzung nächste Seite

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Fortsetzung

29.12.2016

Sucht- oder psychische Probleme die Ursache dafür, dass Jugendliche nicht ausbildungsgerecht sind. Die Ausbildungsfähigkeit muss daher vom Jobcenter oftmals erst hergestellt werden.“ Hierfür habe der Gesetzgeber den kommunalen Jobcentern sogar erst unlängst eine neue Fördermöglichkeit eingeräumt.

Arno Goßmann lobt übrigens ausdrücklich die gute und einvernehmliche Zusammenarbeit mit der Wiesbadener Arbeitsagentur. Und auch Grüttner betont, dort wo Kooperation sinnvoll sei, werde dieser Weg heute schon beschritten. „Die Entscheidung über eine Kooperation auf freiwilliger Basis fällt aber

richtigerweise in der Region.“

Grüttner hat die unzweideutige Empfehlung an die Bundesministerin geschickt, Planungen für eine Gesetzesänderung rasch einzustellen: „Ich denke, wir sollten die Arbeit vor Ort nicht dadurch erschweren, indem wir überflüssige Diskussionen zu Umorganisationen führen. Viel-

mehr sollten wir alles im Rahmen unserer Möglichkeiten unternehmen, den Jobcentern die Arbeit zu erleichtern. Hierzu gehört auch eine auskömmliche Ausstattung mit Mitteln für Eingliederung und Verwaltung.“